

Informationspflichten nach Art. 12, 13 ff. EU-DSGVO für Beschäftigte (m/w)

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,
liebe(r) Mitarbeiter(in),

aufgrund der gesetzlichen Regelungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung („EU-DSGVO“) sind wir verpflichtet, Ihnen umfassende Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen unseres Vertragsverhältnisses zu erteilen, wozu wir sehr gerne bereit sind.

Datenschutz und der Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten ist uns sehr wichtig, so dass wir stets auf eine ordnungsgemäße Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten achten.

Für den Fall, dass Sie Fragen zu Ihren personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung haben, steht Ihnen unser Datenschutzbeauftragter hierfür jederzeit gern zur Verfügung. Dieser unterliegt keinerlei Weisungen, ist in seiner Stellung unabhängig und gesetzlich zur Wahrung der Geheimhaltung und Vertraulichkeit verpflichtet, so dass Sie sich vertrauensvoll an diesen wenden können.

Bezüglich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen unseres Vertragsverhältnisses teilen wir Ihnen folgendes mit:

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Ihr Ansprechpartner als Verantwortlicher im Sinne der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung („EU-DSGVO“) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Matthias Ruppert Bauunternehmen GmbH
Rohrerweg 3
54518 Esch

(im Folgenden als „wir“, „uns“ oder „unser“ bezeichnet)

2. Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für Matthias Ruppert Bauunternehmen GmbH einen hohen Stellenwert. Um dieser Bedeutung Ausdruck zu verleihen, haben wir ein auf Datenschutz und Datensicherheit spezialisiertes Beratungsunternehmen mit der Übernahme dieser zentralen Themen beauftragt. Auch unser Datenschutzbeauftragter kommt aus diesem sehr erfahrenen Expertenkreis. Wir werden beraten durch:

ProIT Service GmbH

Urbanstraße 1

81371 München

Bitte wenden Sie sich in allen Fragen rund um das Thema Datenschutz und Datensicherheit bei uns direkt an unseren Datenschutzbeauftragten von ProIT Service GmbH:

E-Mail: datenschutz_matthias-ruppert@proit-services.net

Telefon: +49 (89) 41 41 41 31 –0

3. Allgemeines zur Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nur, soweit dies zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist. Die weitere Verarbeitung Ihrer personenbezogener Daten erfolgt regelmäßig nur, sofern wir uns Ihre vorherige Einwilligung hierzu eingeholt haben. Eine Ausnahme gilt in solchen Fällen, in denen eine vorherige Einholung einer Einwilligung aus tatsächlichen Gründen nicht möglich ist oder die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine gesetzliche Erlaubnis gestattet ist.

4. Datenverarbeitung im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses

a. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

1) Personenbezogene Daten

Soweit wir für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten eine Einwilligung von Ihnen einholen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-DSGVO, Art. 88 Abs. 1 EU-DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Begründung, Durchführung oder Beendigung des Arbeitsvertrages erforderlich ist, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO, Art. 88 Abs. 1 EU-DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 1 BDSG, § 611a BGB als Rechtsgrundlage.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, welcher wir unterliegen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. c EU-DSGVO als Rechtsgrundlage. Wir unterliegen unter anderem folgenden rechtlichen Verpflichtungen:

- § 28a SGB (Sozialgesetzbuch) IV; §198 ff SGB V; § 190 ff. , § 281c SGB VI DEÜV (Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung), zur Meldung an die Behörden
- § 829 Abs. 2 Satz 1 ZPO (Zivilprozessordnung) im Hinblick auf Gehaltspfändungen
- § 16 Abs. 2 ArbZG (Arbeitszeitgesetz) und § 7d Abs. 1 Satz 1 SGB IV, zur

Dokumentation der Arbeitszeitkonten

- §§ 16, 17 MiLoG (Mindestlohngesetz), zur Dokumentation der Arbeitszeit sowie zur Erfüllung der Meldepflicht gegenüber den Behörden
- §§ 49, 50 JArbSchG (Jugendarbeitsschutzgesetz), zur Erfüllung der Auskunftspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 7, 17 b AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 76, 88, 101 BBiG (Berufsbildungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflicht gegenüber den Behörden
- § 163 SGB IX (Rehabilitation und Teilnahme von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben) zur Umsetzung des Zusammenwirkens zwischen Arbeitgeber, Agentur für Arbeit und Integrationsämter
- § 312 SGB III zur Erteilung der Arbeitsbescheinigung gegenüber der Agentur für Arbeit
- § 27 MuSchG, zur Erfüllung der Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten gegenüber den Behörden

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen von Ihnen oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. d EU-DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses von uns oder eines Dritten erforderlich und überwiegen Ihre Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten das erstgenannte Interesse nicht, so dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

2) Besondere Kategorien personenbezogener Daten

Soweit wir für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 Abs. 1 EU-DSGVO), wie unter anderem der Religionszugehörigkeit, Nationalität sowie der Gesundheitsdaten eine Einwilligung von Ihnen einholen, dient Art. 9 Abs. 2 lit. a EU-DSGVO als Rechtsgrundlage.

Wenn die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten erforderlich ist, damit wir die uns aus dem Arbeitsrecht und dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erwachsenden Rechte ausüben können und unseren diesbezüglichen Pflichten nachkommen, folgt die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung aus Art. 9 Abs. 2 lit. b EU-DSGVO, Art. 88 Abs. 1 EU-DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 3 BDSG. Wir unterliegen unter anderem folgenden rechtlichen Verpflichtungen:

- § 28a SGB (Sozialgesetzbuch) IV; §198 ff SGB V; § 190 ff. , § 281c SGB VI DEÜV (Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung), zur Meldung an die Behörden
- § 829 Abs. 2 Satz 1 ZPO (Zivilprozessordnung) im Hinblick auf Gehaltspfändungen
- § 16 Abs. 2 ArbZG (Arbeitszeitgesetz) und § 7d Abs. 1 Satz 1 SGB IV, zur Dokumentation der Arbeitszeitkonten

- §§ 16, 17 MiLoG (Mindestlohnengesetz), zur Dokumentation der Arbeitszeit sowie zur Erfüllung der Meldepflicht gegenüber den Behörden
- §§ 49, 50 JArbSchG (Jugendarbeitsschutzgesetz), zur Erfüllung der Auskunft- und Dokumentationspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 7, 17 b AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 76, 88, 101 BBiG (Berufsbildungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflicht gegenüber der Behörden
- § 163 SGB IX (Rehabilitation und Teilnahme von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben) zur Umsetzung des Zusammenwirkens zwischen Arbeitgeber, Agentur für Arbeit und Integrationsämter
- § 312 SGB III zur Erteilung der Arbeitsbescheinigung gegenüber der Agentur für Arbeit
- § 27 MuSchG, zur Erfüllung der Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten gegenüber den Behörden

Sofern die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten zum Schutz lebenswichtiger Interessen erforderlich ist, folgt die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung aus Art. 9 Abs. 2 lit. c EU-DSGVO.

Bezieht sich die Verarbeitung auf besondere Kategorien personenbezogener Daten, die von Ihnen offensichtlich öffentlich gemacht wurden, ergibt sich die Rechtsgrundlage aus Art. 9 Abs. 2 lit. e EU-DSGVO.

Falls die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten für Zwecke der Gesundheitsvorsorge, der Arbeitsmedizin oder für die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit erforderlich ist, folgt die Rechtsgrundlage aus Art. 9 Abs. 2 lit. h EU-DSGVO.

b. Zwecke der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke der Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, insbesondere zur Erfüllung arbeitsvertraglicher, gesetzlicher, sofern vorliegend kollektivvertraglicher, sowie sozialversicherungsrechtlicher Verpflichtungen.

c. Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen wir unterliegen, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Danach speichern wir Ihre Daten unter anderem für folgende Zeiträume:

- Belege zum Lohnkonto bis zu 10 Jahre nach § 147 Abs. 1 Nr. 4,5 i.V.m. Abs. 3 AO (Abgabenordnung); § 41 Abs. 1 S. 9 EStG (Einkommenssteuergesetz); § 257 Abs. 1 Nr. 1, 4 i.V.m. § 238 Abs. 1 HGB (Handelsgesetzbuch)
- Abmahnungen bis 2,5 Jahre (laut Rechtsprechung)
- Bewerbungsunterlagen,-daten, nach Entscheidung über Nichtbesetzung, bis zu 6 Monate, Diskriminierungsbeweislast, Frist §§ 21 Abs. 5, 22 AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz)
- Bewerbungsunterlagen ansonsten: Bei Auflösung, Beendigung des Arbeitsverhältnisses
- Arbeitszeitznachweise 2 Jahre nach § 16 Abs. 2 ArbZG (Arbeitszeitgesetz)
- Arbeitszeitznachweise 2 Jahre nach § 50 JArbSchG (Jugendarbeitsschutzgesetz)
- Arbeitszeitznachweise 2 Jahre nach § 17 Abs. 1 MiLoG (Mindestlohngesetz)
- Sonstige Arbeitszeitznachweise 6 Jahre, § 147 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 3 AO

d. Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses ist für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zwingend erforderlich. Es besteht folglich für Sie keine Widerspruchsmöglichkeit.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, haben Sie jederzeit die Möglichkeit, Ihre Einwilligung zu widerrufen.

5. Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung

a. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO bzw. Art. 9 Abs. 2 lit. f EU-DSGVO.

b. Zweck der Datenverarbeitung

Der Zweck der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung ist die Abwehr von unberechtigter Inanspruchnahme sowie die rechtliche Durchsetzung von Ansprüchen und Rechten. In diesem Zweck liegt unser berechtigtes Interesse an der Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO bzw. Art. 9 Abs. 2 lit. f EU-DSGVO.

c. Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind.

d. Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung ist für die Rechtsverteidigung und

Rechtsdurchsetzung zwingend erforderlich. Es besteht folglich für Sie keine Widerspruchsmöglichkeit.

6. Empfängerkategorien

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen und Abteilungen personenbezogene Daten, die diese zur Erfüllung der zuvor genannten Zwecke brauchen. Daneben bedienen wir uns zum Teil unterschiedlicher Dienstleister und übermitteln Ihre personenbezogenen Daten an weitere vertrauenswürdige Empfänger. Diese können z.B. sein:

- Personalabteilung
- Vorgesetzte des betroffenen Beschäftigten
- Lohnbuchhaltung
- Finanzbuchhaltung
- Betriebsrat
- Datenschutzbeauftragter
- Schwerbehindertenvertretung
- Gleichstellungsbeauftragter
- Controlling/Revision
- Sozialversicherungsträger: Krankenversicherungen, Ärzteversorgungskassen, Rentenversicherungsträger
- Arbeitsagentur
- Aufsichts-, Arbeitssicherheitsbehörden
- Finanzamt
- Integrationsamt im Falle einer Schwerbehinderung
- Berufsgenossenschaft
- Bankinstitute
- Versicherungsunternehmen
- Externe Dienstleister
- Aktenvernichter
- Gläubiger, bei Lohn- und Gehaltspfändungen
- IT-Dienstleister
- Rechtsanwälte, Gerichte, Steuerberater

Mit allen Dienstleistern und vertrauenswürdigen Empfängern liegen gültige und aktuelle Auftragsverarbeitungsverträge vor.

7. Rechte der betroffenen Person

Werden Ihre personenbezogenen Daten durch uns verarbeitet, sind Sie betroffene Person i.S.d. EU-DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber uns zu:

a. Auskunftsrecht

Sie können von uns eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von uns über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch uns oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen erhoben werden;
- (8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 EU-DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für Sie.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 EU-DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

b. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber uns, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Wir haben die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

c. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit, der Sie betreffenden personenbezogenen Daten für eine Dauer bestreiten, die es uns ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) wir die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigen, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 EU-

DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Gründe gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von uns unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

d. Recht auf Löschung

i. Löschpflicht

Sie können von uns verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und wir sind verpflichtet, diese personenbezogenen Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- (1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a EU-DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 EU-DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 EU-DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- (4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem wir unterliegen.
- (6) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 EU-DSGVO erhoben.

ii. Information an Dritte

Haben wir die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und sind wir gem. Art. 17 Abs. 1 EU-DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so treffen wir unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

iii. Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, welche die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem wir unterliegen, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die uns übertragen wurde;
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 EU-DSGVO;
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 EU-DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

e. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber uns geltend gemacht, sind wir verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber uns das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

f. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese personenbezogenen Daten, welche uns bereitgestellt wurden, einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns zu übermitteln, sofern

- (1) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a EU-DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO beruht und
- (2) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von uns einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung

personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die uns übertragen wurde.

g. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f EU-DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Wir verarbeiten die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

h. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

i. Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung

(1) für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und uns erforderlich ist,

(2) aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen wir unterliegen, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder

(3) mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 EU-DSGVO beruhen, sofern nicht Art. 9 Abs. 2 lit. a oder g EU-DSGVO gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen getroffen wurden.

Hinsichtlich der in (1) und (3) genannten Fälle treffen wir angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie Ihre berechtigten Interessen zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens von uns, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

j. [Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde](#)

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die EU-DSGVO verstößt.

Zuständige Aufsichtsbehörde für uns ist:

Landesbeauftragte(r) für Datenschutz und Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Telefon: 061 31/208-24 49
Telefax: 061 31/208-24 97
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Die Aufsichtsbehörde, bei der Sie Beschwerde eingereicht haben, unterrichtet Sie über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 EU-DSGVO.

Für Rückfragen steht Ihnen unser Datenschutzbeauftragter jederzeit gerne zur Verfügung.